N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 16.09.2021
öffentlich

Ort:	**Kulturtreff** **Am Stadion 6** **06122 Halle (Saale)**
Zeit:	**17:00 Uhr bis 19:00 Uhr**
Anwesenheit:	**siehe Teilnahmeverzeichnis**

Anwesend waren:

Mitglieder:

Dr.med. Detlef Wend	Ausschussvorsitzender Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) *Teilnahme bis 18:24 Uhr*
Jan Rödel	CDU Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Jan Döring	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Beate Gellert	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Sören Steinke	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Helga Schubert	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Diana Franke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Gaby Hayne	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tobias Heinicke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Uwe Kramer	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss *Teilnahme bis 18:33 Uhr*
Anna Manser	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Christof Starke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Hendrik Kluge	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Nico Teschner	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Etienne Samuel Knorre	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Petra Schneutzer	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Verwaltung:

Katharina Brederlow	Beigeordnete des Geschäftsbereichs Bildung und Soziales
Dr. Heike Schaarschmidt	Referentin des Geschäftsbereichs Bildung und Soziales
Alexander Frolow	Leiter Fachbereich Bildung
Sascha Richter	Netzwerkkoordinator Schulerfolg sichern
Arne Ahrens	Streetworker
René Lukas	Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Claudia Schmidt	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Nora Böhme	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dagmar Deckwerth	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Jerome Deubel	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Toralf Fischer	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Tino Kleinert	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Annika Möbius	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

René Moses	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Mirko Petrick	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Susanne Willers	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Sven Bartsch	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tatjana Privorozki	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

zu Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

zu Kinder- und Jugendsprechstunde

Es lagen keine Fragen zur Kinder-und Jugendsprechstunde vor.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Wend eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Da es keine Wortmeldungen gab, rief **Herr Dr. Wend** zur Abstimmung der Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

2. Feststellung der Tagesordnung

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift Sondersitzung vom 24.06.2021

3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 15.07.2021

4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

5. Beschlussvorlagen

5.1. Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe; Innovative Maßnahmen nach Ziffer 2.2.2 der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Förderung der freien Jugendhilfe i. d. F. vom 22.05.2017 (Förderrichtlinie) mit einer Antragssumme von mehr als 5.000,00 EUR
Vorlage: VII/2021/02682

6. Anträge von Fraktionen und Stadträten

6.1. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Prüfung der Außenflächen der Leopoldina Nationalen Akademie der Wissenschaften zur öffentlichen Nutzung
Vorlage: VII/2021/02870

7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

8. Mitteilungen

8.1. Bericht Netzwerkstelle „Schulerfolg für Halle“

8.2. Bericht Streetwork

8.3. Mitteilung zum Vorgehen Änderungsanträge zu Beschlussvorlagen und Anträge

8.4. Mitteilung zum Kita-Portal

8.5. Zwischenstand zum Antrag der Stadträtin Beate Gellert zu baulichen und technischen Voraussetzungen für eine digitale Infrastruktur an Kindertagesstätten

8.6. Aktionsprogramm des Bundes „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ in 2021 und 2022

9. Beantwortung von mündlichen Anfragen

10. Anregungen

10.1. Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Informationsaustausch zwischen verschiedenen Ausschüssen zu relevanten Themen
Vorlage: VII/2021/03009

10.2. Themenspeicher

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift Sondersitzung vom 24.06.2021

Es gab keine Einwendungen gegen die öffentliche Niederschrift vom 24.06.2021 sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 15.07.2021

Es gab keine Einwendungen gegen die öffentliche Niederschrift vom 15.07.2021 sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es lagen keine nicht öffentlichen Beschlüsse aus der letzten Sitzung vor.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe; Innovative Maßnahmen nach Ziffer 2.2.2 der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Förderung der freien Jugendhilfe i. d. F. vom 22.05.2017 (Förderrichtlinie) mit einer Antragssumme von mehr als 5.000,00 EUR Vorlage: VII/2021/02682

Herr Dr. Wend wies darauf hin, dass Änderungsanträge, die in laufenden Sitzungen gestellt werden, in schriftlicher Form vorzulegen und die Änderung zur Abstimmung vorzulesen ist.

Herr Dr. Wend wies auf das Mitwirkungsverbot hinsichtlich dieser Beschlussvorlage hin.

Frau Gellert und **Frau Manser** befanden sich im Mitwirkungsverbot und verließen ihren Sitzungsplatz.

Herr Frolow führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Frau Haupt äußerte, dass Sie zu dieser Beschlussvorlage ein gespaltenes Verhältnis hat. Sie erwähnte, das Finanzen für die innovativen Projekte im Haushalt beschlossen worden. Sie fragte, ob hierbei das Verhältnis zum Thema der freiwilligen Leistung in der Jugendarbeit geprüft wurde.

Des Weiteren erwähnte sie das Aktionsprogramm des Bundes „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ in 2021 und 2022. Sie fragte, ob durch dieses Programm eine Förderung möglich wäre.

Frau Haupt betonte, dass die vorliegenden Projekte der Beschlussvorlage auch für den kommenden Haushalt wichtig sind. Sie fragte, welche Perspektiven hierzu vorliegen.

Frau Brederlow sagte, dass ein Haushaltsplan vorliegt, der vom Verwaltungsamt nur unter bestimmtem Bedingungen genehmigt wurde. Solche vorliegenden Maßnahmen bzw. Projekte sind nur möglich, sollten diese unaufschiebbar sein.

Frau Brederlow teilte mit, dass die Verwaltung diese Projekte nicht für unaufschiebbar hält. Sie hofft, dass diese Maßnahmen im nächsten Jahr umgesetzt werden können.

Herr Frolow äußerte sich zur Anfrage **„**Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ in 2021 und 2022. Er teilte mit, dass hierzu vom Bund gewisse Finanzsäulen errichtet wurden, woraus eine Förderung entstehen kann. Er nannte dazu die Beispiele, Jugendfreizeiten oder die Förderung des Bundesfreiwilligendienstes. In der Verwaltungsvereinbarung wurde festgelegt, dass es sich hierbei, um zusätzliche finanziellen Mittel handelt. Kommunen sollen somit nicht eigene Mittel substituieren.

Herr Döring bemerkte, dass die Projekte ursprünglich am 01.07.2021 bzw. 16.07.2021 starten sollten. Er fragte, warum diese Beschlussvorlage mit den ersichtlichen Ablehnungen erst im Monat September vorliegt.

Frau Brederlow teilte mit, dass innerhalb der Verwaltung eine Abwägung durchgeführt werden muss. Hierzu wurde geprüft, ob zusätzliche Einnahmen vorhanden sind, die dafür eingesetzt werden können. Das nimmt eine gewisse Zeit in Anspruch.

Herr Kramer empfahl den Trägern, die Projekte im nächsten Jahr nochmalig zu beantragen.

Herr Dr. Wend bedauerte die Ablehnungen und stellte fest, dass dieser Sachverhalt für das nächste Jahr zu verbessern ist.

Herr Dr. Wend bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Ablehnungen der Innovativen Maßnahmen mit einer Antragssumme von mehr als 5.000,00 EUR für das Jahr 2021 gemäß der Anlage.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

---

zu 6.1 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Prüfung der Außenflächen der Leopoldina Nationalen Akademie der Wissenschaften zur öffentlichen Nutzung
Vorlage: VII/2021/02870

Herr Dr. Wend brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Kramer fragte, warum städtische Schulhöfe oder andere öffentliche Räume nicht im Antrag berücksichtigt wurden.

Herr Dr. Wend wies darauf hin, dass andere Bereiche natürlich betrachtet werden können. Eine Lösung des Problems steht hier im Vordergrund.

Frau Haupt bemerkte, dass die Außenfläche der Leopoldina Nationalen Akademie nicht zur Stadt Halle (Saale) gehört. Sie fragte, ob die Verwaltung bereits den Sachverhalt sondiert hat.

Frau Brederlow verneinte dies und betonte, dass zuerst die eigenen Liegenschaften der Stadt Halle(Saale) zu prüfen wären.

Herr Kramer erwähnte, den abgelehnten Antrag zum Thema eines Nachtbürgermeisters aus dem Stadtrat. Dieser Sachverhalt wurde bereits im Stadtjugendring angesprochen. Er sagte, dass eine Art der Individualität hinsichtlich von Koordinierung und Verantwortlichkeit zu diesem Sachverhalt sinnvoll wäre.

Herr Dr. Wend stimmte dem Wortbeitrag von Herrn Kramer zu.

Herr Heym sagte, dass hierbei die Prüfung der städtischen Liegenschaften sehr wichtig sei. Dementsprechend sollte der Beschlussvorschlag erweitert werden. Er wies darauf hin, dass hierzu eine umfassende Bedarfsanalyse ausschlaggebend sei.

Herr Starke erwähnte, dass im Stadtjugendring eine Notwendigkeit von benötigten Freiräume bestätigt wurde. Es wurde festgestellt, dass diese auch in der Innenstadt gebraucht werden. Eine Überlegung anderer Objekte in Betracht zu ziehen sei in diesem Zusammenhang notwendig.

Frau Gellert teilte mit, dass ein Aufwuchs von Jugendlichen in Halle (Saale) festzustellen ist. Sie bemerkte, die Wichtigkeit des Themas für die bevorstehende Klausurtagung.

Herr Rödel teilte mit, dass die CDU Stadtratsfraktion Halle (Saale) den Antrag ablehnen wird. Er sagte, dass die Situation der Jugendlichen an den öffentlichen Plätzen der Stadt bekannt ist. Er meinte, dass die Schaffung von einzelnen neuen Plätzen diese Situation nicht ändern wird.

Herr Steinke bemerkte, dass die Außenflächen der Leopoldina Nationalen Akademie der Wissenschaften zur öffentlichen Nutzung ungeeignet sind. Er sagte, dass hierbei Alternativen geprüft werden müssten. Er nannte als Beispiel die Büffelwiese.

Herr Dr. Wend fasste die einzelnen Redebeiträge zusammen. Er stellte fest, dass der Impuls des Antrags Unterstützung findet.

Herr Dr. Wend sprach sich für eine Vertagung des Antrags aus. Damit besteht die Möglichkeit verschiedene Optionen prüfen zu können.

Frau Haupt stimmte dem zu und regte an, das Freiraumbüro Halle, den Kinder- und Jugendrat und den Schülerrat zurate zu ziehen.

Herr Heym bemerkte, dass die Bedürfnisse und Bedarfe an dieser Stelle eindeutig sind. Es sind Jugendliche, die sich jederzeit treffen wollen. Er sagte, dass mögliche Örtlichkeiten, die zu Diskussionen stehen, vorab festgelegt werden sollten.

Herr Döring sprach sich gegen die Vertagung aus. Er sagte, dass bei einer Vertagung des Antrags, realistische und vermutlich geeignete Objekte im Antrag aufgenommen werden sollten.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. über die öffentliche Nutzung von Teilen der Außenflächen am Standort Jägerberg 1, 06108 Halle (Saale) zu beraten. Denkbare wäre eine Nutzung nach Feierabend oder an Wochenenden als Freiflächen für junge Erwachsene. Die Verwaltung informiert den Stadtrat in der Sitzung am 29. September 2021 schriftlich über die Ergebnisse der Beratungen, insbesondere hinsichtlich Fragen der Nutzungsmöglichkeiten und -bedingungen sowie der Haftung.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Bericht Netzwerkstelle „Schulerfolg für Halle“

Herr Richter stellte anhand einer Präsentation den Bericht Netzwerkstelle „Schulerfolg für Halle „vor.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Frau Manser fragte, was mit der Einteilung von „Bubbles“ in Milieus“ gemeint ist.

Herr Richter antwortete, dass für einen geplanten Fachtag „Übergang Schule“ das Sinusinstitut gewonnen werden konnte und diese erstellen Milieustudien zeichnen die Bubbles auf.

Frau Gellert erkundigte sich nach den Perspektiven der Netzwerkmitarbeiter*innen und wie gefährdet er diese sieht. Außerdem fragte sie, ob die Netzwerkstellen auch mit im Netzwerk „Schule - Wirtschaft“ in der Stadt Halle vertreten sei. Des Weiteren fragte sie, ob in der Schulsozialarbeit auch Schüler*innen mit Schulbegleiter*innen involviert werden und wie hoch die Anzahl der Schüler/-innen mit Schulbegleiter*innen ist.

Herr Richter sagte zur Finanzierung der Netzwerkstellen, dass die ehemalige Landesregierung die Zusage getroffen hat, dass der Status quo erhalten bleiben soll. Inwieweit das von der neuen Landesregierung beibehalten wird, entzieht sich seiner Kenntnis. Er sagte, dass bei einem nahtlosen Übergang zu einem neuen ESF-Programm die Chancen besser stehen würden.

Zum Netzwerk Schule - Wirtschaft teilte **Herr Richter mit**, dass das Netzwerk lange Zeit in der Arbeitsgruppe „Berufsorientierung“ vertreten war, sowie auch RÜMSA. Doppelarbeit sollte vermieden und synergetisch vorgegangen werden. Es ist auch Auftrag der Netzwerkstelle zu prüfen, wie Bildungsübergänge gelingen.

Bezüglich der Schulbegleiter*innen antwortete **Herr Richter**, dass es im April mit dem Allgemeinen Sozialen Dienst einen Fachtag gab. Das Thema ist weiterhin präsent.

Frau Haupt erwähnte die Homepage der Stadt. Sie fragte zu den Fördermitteln für Schulprojekte nach. Sie bat dazu, um Einschätzung durch die Netzwerkstelle.

Des Weiteren erkundigte sich Frau Haupt, welche Unterstützung sich die Netzwerkstelle von den Politikern der Stadt wünscht, damit die Netzwerkstelle weiterhin bestehen bleiben kann.

Herr Richter antwortete, dass die Projekte gefördert werden, welche als „bildungsbezogene Angebote“ gelten. Über das ESF-Programm „Schulerfolg sichern“ wurden hierfür Mittel zur Verfügung gestellt, die über die Netzwerkstelle weitergegeben werden können. Dafür gibt es ein Gremium, welches die Projektanträge bewertet. Durch die entsprechende Richtlinie wird nicht jedes Projekt mit den Ausgaben zugelassen, sodass auch nach Alternativförderungen geschaut und dies den Antragstellern empfohlen wird.

Das Netzwerk ist mit Eltern immer im Gespräch, insbesondere an spezifischen Themen, wie bspw. Cybermobbing, Recht am eigenen Bild etc. Er wies darauf hin, dass es auch eine enge Kooperation mit dem Stadtelternrat gibt, welcher auch im Qualitätszirkel Schule vertreten ist.

Herr Richter sagte, dass es wünschenswert wäre, wenn Politiker sich dafür einsetzen, dass dieses Thema in seiner Dreifaltigkeit weiterbestehen kann. D.h. die landesweite Koordinierungsstelle, die Netzwerkstellen und die Schulsozialarbeitsprojekte.

Herr Heym erkundigte sich zur ersichtlichen Fluktuation bei den Schulsozialarbeitern*innen. Er fragte, ob der Grund dafür, die noch ausstehende Entscheidung zur weiteren Förderung ist. Des Weiteren erkundigte er sich, ob es Supervisionen für die Mitarbeiter/-innen gibt oder eine Art von Strategien entwickelt werden, um Mitarbeiter/-innen zu behalten.

Herr Richter sagte, dass es vorteilhaft wäre, wenn das ESF-Programm kommt und die damit verbundene Arbeit ca. sechs Jahre weitergehen könnte. Dies würde eine relative Sicherheit für alle Mitarbeiter/-innen bedeuten. Die sozialräumlichen Treffs bieten eine Reflexionsmöglichkeit an, um zu sehen, warum Schulsozialarbeiter/-innen gehen. Größere Träger haben andere Möglichkeiten, wie Supervisionen, Teamberatungen, die sie auch dafür nutzen. Es gibt Schulen, wo die Kooperationsbereitschaft zwischen Schule und Schulsozialarbeiter/-innen sehr gut läuft.

Herr Rödel fragte, ob hinsichtlich der Pandemie es zur einer Steigerung von delinquenten Verhalten bei Jugendlichen kam.

Herr Richter antwortete, dass er zu einer Steigerung der Jugendkriminalität durch die Pandemie nichts sagen kann.

Frau Brederlow sagte, dass die Netzwerkstelle nicht nur die ESF-geförderte Schulsozialarbeit, sondern auch die kommunale, im Blick hat. Dies ist sehr positiv zu bewerten. Sie bedankte sich für die geleistete Arbeit.

Frau Brederlow sagte, sie sei gespannt, wie das Land Sachsen-Anhalt mit dem § 13a SGB VIII umgehen wird, weil es hier den Landesrechtsvorbehalt gibt. Schulsozialarbeit ist jetzt im SGB VIII, die Bundesländer wurden aufgerufen, zu beschreiben, wie sie diese umsetzen wollen, hier ist ein Diskussionsbedarf absehbar. Sie wies darauf hin, dass die Qualität in der Schulsozialarbeit erhöht wurde, aber weiterhin ausgebaut werden muss.

Herr Dr. Wend bedankte sich ebenfalls für die geleistete Arbeit der Netzwerkstelle. Er betonte, dass sich alle bemühen sollten, dass die Netzwerkstelle weiterhin so arbeiten kann.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 8.2 Bericht Streetwork

Herr Ahrens stellte anhand einer Präsentation den Bericht Streetwork vor.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Frau Manser fragte, wie man sich den Kontakt zwischen Jugendlichen und Streetwork vorstellen kann.

Herr Ahrens teilte mit, dass hierbei eine mobile Jugendarbeit durch die Streetworker*innen durchgeführt wird. Es gibt die Kontaktstelle für Jugendliche im Hansering 20.

Frau Gellert wies auf die ersichtlichen Schulden der Jugendlichen in der Statistik hin. Sie fragte, wie hoch diese sind und welche Ursachen sie haben.

Sie bemerkte, dass ein Anstieg von Jugendlichen ohne festen Wohnsitz ersichtlich ist. **Frau Gellert** fragte, welcher Handlungsbedarf hierbei gesehen wird.

Sie sagte, dass im Vortrag erwähnt wurde, dass die Jugendlichen außer einem Handy teilweise keine digitale Technik besitzen. Im Gegensatz wurde aber aufgeführt, dass die digitalen Formate ausgebaut werden sollen. Sie erkundigte nach der Umsetzung.

Des Weiteren teilte sie mit, dass Streetworkstellen erweitert worden. Sie fragte, ob diese alle besetzt sind.

Herr Ahrens antwortete, dass es für die Schulden der Jugendlichen verschiedenste Ursachen gibt. Er erwähnte, dass z.B. Schulden durch sogenannte App- Käufe oder Mietschulden verursacht werden.

Zum Thema Wohnungslosigkeit sagte **Herr Ahrens**, dass Streetworker*innen bei der mobilen Kontaktarbeit Jugendliche treffen, die wohnungslos erscheinen. Diese bekommen dann ein Kontaktangebot.

Herr Ahrens sagte weiterhin, dass mit der fehlenden digitalen Technik beispielsweise Drucker gemeint sind. Zur Frage der Streetworkstellen sagte er, dass derzeit 10 Stellen besetzt sind.

Frau Haupt bedankte sich auch für den Jahresbericht zum Streetwork. Sie erwähnte, dass eine hohe Anzahl von Projektarbeit absolviert wird. Sie fragte, ob diese Projektarbeit nur mit Schüler*innen besetzt werden kann.

Frau Haupt erkundigte sich, wie sich die Zusammenarbeit mit der Schulsozialarbeit hinsichtlich der Corona-Pandemie gestaltet hat. Des Weiteren fragte sie, welche Möglichkeiten Streetwork hinsichtlich einer Schaffung von Freiräumen sieht.

Herr Ahrens antwortet, dass bei Projektarbeiten auch mit Schulen kooperiert wird**.** Es werden bei Projektarbeiten nicht nur Schüler und Schülerinnen teilnehmen, sondern alle Jugendlichen miteinbezogen.

Zur Thema Zusammenarbeit mit der Schulsozialarbeit in der Corona-Pandemie teilte **Herr Ahrens** mit, dass z.B. in Halle (Neustadt) eine Vernetzungsgruppe geschaffen wurde. Diese Zusammenarbeit hat sich positiv gestaltet.

Er wies darauf hin, dass Schaffung von „Freiräumen“ ein schwieriges Thema ist. Es wird natürlich der Bedarf von Freiräumen gesehen.

Herr Heym nahm Bezug auf die Schuldenproblematik der Jugendlichen. Er erwähnte den angesprochenen digitalen Medienkonsum. Er ist der Ansicht, dass sich die betroffenen Jugendlichen selbständig melden und Kontakt z.B. zum Streetwork aufsuchen.

Herr Heym sprach den im Vortrag erwähnten Umgang mit Handys an. Es wurde darauf hingewiesen, dass Jugendliche kaum digitalen Formulare erstellen können, z.B. durch fehlende Drucker. Aus seiner Sicht, wäre die Aufgabe von Streetwork dort entsprechende Alternativen aufzuzeigen.

Des Weiteren wies er auf den Hinweis zu Hartz IV hin. Nach seiner Kenntnis, gibt es hierzu eine Eingliederungsvereinbarung, die z.B. verpflichtet Bewerbungen zu schreiben. Es gibt hierzu die Möglichkeit verschiedene Ämter aufzusuchen, um digitale Endgeräte nutzen können. Er fragte, ob bekannt sei, dass Ämter die Möglichkeit anbieten, eventuelle Formulare auszudrucken.

Herr Ahrens sagte, dass die Jugendlichen Handys besitzen aber gewisse Dokumentenformate nicht erstellen können. Es gibt Jugendliche, die das wahrgenommen haben und Ämter, die diese Möglichkeit anbieten, aufsuchenden. Dies erwies sich aber zum Höhepunkt der Corona-Pandemie als sehr schwierig.

Frau Schneutzer wies darauf hin, dass im Vortrag erwähnt wurde, dass 200 Jugendliche erreicht wurden. In der Gegenüberstellung stehen 70 Jugendliche mit Migrationshintergrund, dies ist eine Zielgruppe. Sie fragte zum Verständnis, dass 130 deutsche Jugendliche und 70 Jugendliche mit Migrationshintergrund begleitet worden.

Herr Ahrens sagte, dass die Teams hierbei einzeln dokumentieren. Es wurde in dem heutigen Vortrag zusammengefasst. **Herr Ahrens** vermutete, dass hierbei die Problemlage Migration aufgezeigt wurde.

Frau Schneutzer betonte, dass der Migrationshintergrund oft mit der Begrifflichkeit der Zielgruppe Menschen bzw. Jugendliche mit Migrationshintergrund verwechselt wird.

Frau Schneutzer fasste zusammen, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund Fragen an die Streetworker*innen haben, z.B. zum Jobcenter. Sie empfahl, bei einer Zielgruppenbeschreibung keine Unterstützungsleistung mit aufzuführen.

Frau Brederlow bedankte sich für den Vortrag und für die Arbeit der Streetworker*innen**.** Sie betonte, dass Streetwork in der Pandemie nicht nur Jugendliche unterstützt, sondern auch die wohnungslosen Jugendlichen.

zu 8.3 Mitteilung zum Vorgehen Änderungsanträge zu Beschlussvorlagen und Anträge

Die Mitteilung wurde von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

Anmerkung: Diese ist im Session eingestellt.

zu 8.4 Mitteilung zum Kita-Portal

Die Mitteilung wurde von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

Anmerkung: Diese ist im Session eingestellt.

zu 8.5 Zwischenstand zum Antrag der Stadträtin Beate Gellert zu baulichen und technischen Voraussetzungen für eine digitale Infrastruktur an Kindertagesstätten

Die Mitteilung wurde von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

Anmerkung: Diese ist im Session eingestellt.

zu 8.6 Aktionsprogramm des Bundes „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ in 2021 und 2022

Die Mitteilung wurde von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

Anmerkung: Diese ist im Session eingestellt.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Herr Döring zu Erziehungsberatungsstellen

Herr Döring erwähnte, dass drei Personalstellen für zusätzliche Erziehungsberatungsleistungen für die HaushaltsVorplanung 2021 vorgesehen waren. Er erkundigte sich nach dem aktuellen Sachstand.

Herr Frolow teilte mit, dass momentan die Verträge in Bearbeitung sind. Eine gesonderte Beschlussvorlage wird aber hierzu nicht erstellt.

zu 9.2 Frau Gellert zur Masernschutzimpfung

Frau Gellert bemerkte, dass eine Bürgerin vom Gesundheitsamt Halle (Saale) die Information erhielt, dass eine einzige Masernimpfung reicht, wenn die Titer Bestimmung entsprechend der Maßgaben ausfällt. Die Kitas müssen laut Gesetz den zweimaligen Impfstatus nachweisen.
Sie fragte, ob dieser geschilderte Sachverhalt folgerichtig ist.

Herr Dr. Wend wies darauf hin, dass bis zum Erreichen des zweiten Lebensjahrs eine Masernimpfung ausreicht. Er betonte, dass die Möglichkeit besteht, wenn der Antikörpertiter akzeptabel ist, auch eine Impfung ausreichend.

Frau Brederlow betonte, dass eine entsprechende Information durch das Gesundheitsamt an die Kitas erfolgen wird.

zu 9.3 Frau Gellert zum Kinder- und Jugendrat

Frau Gellert erkundigte sich, nach den aktuellen Themen des Kinder- und Jugendrats bzw. Stadtschülerrats.

Herr Frolow empfahl hierzu die Zuweisung in den Themenspeicher.

zu 9.4 Frau Gellert zur Klausurtagung

Frau Gellert erkundigte sich nach dem Termin der Klausurtagung.

Des Weiteren regte Sie an, die Fachkräftedefinition mit in die AG 78 aufzunehmen.

Herr Frolow sicherte einen zeitnahen Terminvorschlag für die Klausurtagung zu. Des Weiteren bemerkte er, dass er die Anregung zur AG 78 aufgenommen hat.

zu 10 Anregungen

zu 10.1 Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Informationsaustausch zwischen verschiedenen Ausschüssen zu relevanten Themen Vorlage: VII/2021/03009

Frau Brederlow sagte, dass die Fraktionen in der Verbindung mit den Fraktionssitzungen über Themen in den einzelnen Ausschüssen berichten können und dies auch erfahrungsmäßig durchgeführt wird.

Die Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Informationsaustausch zwischen verschiedenen Ausschüssen zu relevanten Themen Vorlage: VII/2021/03009 wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.2 Herr Heym zur Masernimpfung

Herr Heym regte an, dass die städtischen Kitas und Schulen Informationen bzw. eine Anweisung über die Nachweispflicht und deren Handhabung über den zeitlichen Ablauf einer Masernschutzimpfung bekommen. Die Eltern sollten diese Anweisungen verstehen und dementsprechend umsetzen können. Hierbei soll verständlich sein, welcher Nachweis wie zu führen ist.

zu 10.3 Themenspeicher

Frau Dr. Schaarschmidt bat darum, die beiden geplanten Themen Weiterentwicklung von Projekten zur Überwindung von Schwierigkeiten zum Übergang am Arbeitsmarkt „Familien stärken – Perspektiven eröffnen und die Vorstellung aktueller Stand neue ESF-Förderperiode 2022-2027 in den Monat Januar 2022 zu verschieben. Beide Themen beziehen sich auf den derzeitigen Entwurf zur Förderrichtlinie. Eine Behandlung dieser Themen wäre zweckmäßiger, wenn diese Förderrichtlinie beschlossen vorliegt.

Die Ausschussmitglieder stimmten dem Vorschlag zu.

Herr Dr. Wend beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der nicht öffentlichen Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Dr. Detlef Wend	René Lukas
Ausschussvorsitzender	Protokollführer